

Grande, Edgar

Article — Published Version

Zivilgesellschaft, politischer Konflikt und soziale Bewegungen

Forschungsjournal Soziale Bewegungen

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Grande, Edgar (2018) : Zivilgesellschaft, politischer Konflikt und soziale Bewegungen, Forschungsjournal Soziale Bewegungen, ISSN 2365-9890, De Gruyter, Berlin, Vol. 31, Iss. 1-2, pp. 52-60,
<https://doi.org/10.1515/fjsb-2018-0007>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/200408>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zivilgesellschaft, politischer Konflikt und soziale Bewegungen

Edgar Grande

1 | Ambivalenzen der Zivilgesellschaft

Das öffentliche Verständnis von Zivilgesellschaft und großer Teile der Zivilgesellschaftsforschung sind von starken normativen Vorannahmen geprägt. Darin gilt die Zivilgesellschaft per Definition als gemeinwohlorientiert. Dem politischen Protest werden umstandslos emanzipatorische Wirkungen zugeschrieben und politische Beteiligung gilt eindeutig als demokratiefördernd. Entsprechend wird angenommen, dass der Zusammenhang zwischen Zivilgesellschaft, Demokratie und gesellschaftlichem Zusammenhalt eindeutig positiv ist (grundlegend: Putnam 1993). Je stärker die Zivilgesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement, desto stärker ist die Demokratie und desto stärker ist der gesellschaftliche Zusammenhalt.

Beispielhaft hierfür ist das Leitbild der „Bürgergesellschaft“, wie es die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ entwickelt hat. Darin wird der Zivilgesellschaft eine konstitutive Bedeutung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie zugeschrieben (vgl. Enquete-Kommission 2002). Zugespitzt findet man das in der bekannten Formulierung: „Engagement stärken heißt Demokratie stärken“. Entsprechend werden die Ursachen für die Zunahme extremer politischer Strömungen primär in gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen, einer Schwäche der Zivilgesellschaft und in institutionellen Schwächen der Demokratie verortet. Als Beispiele hierfür werden insbesondere neuere politische Entwicklungen in einigen osteuropäischen Ländern herangezogen (differenziert hierzu Foa/Eckert 2017).

Diese Annahmen und die darauf basierende einseitige Ausrichtung auf die „zivile“ Seite der Zivilgesellschaft und die demokratiefördernde Wirkung „bürgerschaftlichen Engagements“

erscheinen aus mehreren Gründen problematisch. Zum einen haben Arbeiten zur „bad“ bzw. „uncivil civil society“ (z. B. Chambers/Kopstein 2001; Berman 2003) vor Jahren schon gezeigt, dass die Zivilgesellschaft auch in etablierten Demokratien ihre Schattenseiten haben kann. Zum anderen lässt die vergleichende Analyse rechtspopulistischer Parteien in Europa erkennen (vgl. Kriesi/Pappas 2015), dass solche Parteien auch in Ländern mit sehr stabilen, beteiligungsoffenen demokratischen Systemen wie der Schweiz und in Ländern mit großem gesellschaftlichem Zusammenhalt (wie in Skandinavien; vgl. Larsen 2013) stark vertreten sind.

All dies legt nahe, dass die Beziehungen zwischen Zivilgesellschaft, Demokratie und gesellschaftlichem Zusammenhalt offensichtlich komplizierter sind als gemeinhin angenommen. Die Rolle der Zivilgesellschaft in diesem Beziehungsgeflecht, so die *zentrale These* dieses Beitrags, *ist ambivalent*. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Qualität demokratischen Regierens ist nicht nur die Stärke der Zivilgesellschaft entscheidend, wichtiger noch sind ihre normative Orientierung, ihre innere Struktur und ihre Einbettung in die jeweils relevanten politischen Konfliktstrukturen. Gerade eine starke, gut organisierte Zivilgesellschaft kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig schwächen, wenn sie in sich gespalten ist und diese Spaltung zur Polarisierung und Radikalisierung führt. Deshalb kommt es ganz entscheidend darauf an, in welcher Beziehung die Zivilgesellschaft zu den relevanten politischen Konflikten steht, wie diese Konflikte in die Zivilgesellschaft hineinwirken und welche Rolle die Zivilgesellschaft bei der Organisation und Artikulation dieser Konflikte spielt.

Dieses Argument wird im Folgenden in drei Schritten entwickelt. Zunächst wird der Wandel der politischen Konfliktstrukturen

in den westeuropäischen Ländern skizziert. Im nächsten Schritt wird herausgearbeitet, welche Auswirkungen dieser Wandel auf die Protest- und Bewegungslandschaften hat. Abschließend werden die Auswirkungen dieser neuen Konflikte auf die Zivilgesellschaft und das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Demokratie thematisiert.

2 | Wandel der politischen Konfliktstrukturen

Den Schlüssel zum Verständnis neuerer Entwicklungen im Bereich der Zivilgesellschaft bildet die Analyse politischer Konfliktstrukturen. Es ist inzwischen empirisch gut belegt, dass in den westeuropäischen Ländern seit den 1990er-Jahren ein Wandel der politischen Konfliktstrukturen stattfindet, in dessen Folge ein neues Abgrenzungs-Integrations-„Cleavage“ entstanden ist (vgl. Kriesi et al. 2008, 2012). Dieser Wandel wurde ausgelöst durch Prozesse der gesellschaftlichen „Denationalisierung“ (Zürn 1998) in ihren verschiedenen Dimensionen: ökonomisch, politisch und soziokulturell. Konkret: Durch die Folgen globaler wirtschaftlicher Verflechtung, der europäischen Integration und durch grenzüberschreitende Migration ist ein neuer Konflikt zwischen Gruppen von (realen und potentiellen) „Gewinnern“ und „Verlierern“ entstanden. Diese Gruppen liegen quer zu den bestehenden sozialen Klassen und Schichten. Sie bilden heterogene neue Mobilisierungspotentiale in der Bevölkerung, die herkömmliche Kategorisierungen unterlaufen.

In den neuen Konflikten geht es nicht nur um die wirtschaftlichen Folgen der Globalisierung, es geht auch um Fragen der Zugehörigkeit, der sozialen Einbindung und der Identität. Die Alternativen in diesem Konflikt sind „Schließung“, „Ausgrenzung“ und „Abgrenzung“ auf der einen Seite, „Öffnung“, „Anerkennung“ und „Integration“ auf der anderen Seite. Das kann sich auf die Abschottung oder Öffnung von Märkten beziehen, aber auch auf den Grad der Integration von Staaten in die internationale Gemeinschaft und die Öffnung sozialer Gemeinschaften für Zuwanderung

und die Bedingungen ihrer Integration. Im wirtschaftlichen Bereich steht die Befürwortung offener und unregulierter Märkte einer protektionistischen Position gegenüber, die sich für den Schutz der nationalen Märkte und der bestehenden sozialen Sicherungsstandards einsetzt; im soziokulturellen Bereich steht eine universalistische bzw. kosmopolitische Position der Offenheit und der gegenseitigen Anerkennung der Abgrenzung von Anderen und der Verteidigung nationaler Identitäten und Kulturwerte gegenüber.

Durch diese Transformation verlieren nicht nur die Konfliktstrukturen der kapitalistischen Industriegesellschaft (Kapital vs. Arbeit) weiter an Bedeutung, es werden auch die im Zuge der „Postmodernisierung“ (Inglehart 1998) seit den 1960er-Jahren entstandenen Konflikte (Materialismus vs. Postmaterialismus) relativiert und akzentuiert. All dies hat weitreichende Auswirkungen auf die Dynamiken und Strukturen politischer Mobilisierung und auf die Bildung von Sozialkapital in modernen Gegenwartsgesellschaften.

Unsere Gesellschaften sind also keineswegs, wie Crouch (2016) behauptet, „postidentitär“ geworden, womit gemeint ist, dass „wir in ein Stadium der postmodernen Gesellschaft eingetreten sind, in dem keinerlei Identitäten mehr Macht genug besitzen, um uns politisch zu definieren“ (Crouch 2016: 150). Sie sind noch immer durch starke, identitätsbildende Konfliktlinien geprägt – aber diese Konfliktlinien haben sich verändert. Die neue Abgrenzungs-Integrations-Konfliktlinie ist nicht in allen europäischen Ländern in gleicher Weise und mit gleicher Intensität entstanden (vgl. Kriesi 2016). Besonders ausgeprägt findet sie sich in Westeuropa, während in den südeuropäischen Ländern insbesondere im Zuge der durch die Eurokrise erzwungenen Austeritätspolitiken ökonomische Konflikte eine größere Rolle spielen (vgl. della Porta 2015; Guigni/Grasso 2015).

In Westeuropa kommt die neue Spaltungslinie bislang vor allem in zwei Konfliktthemen zum Ausdruck: der Einwanderung und der europäischen Integration – und das nicht erst

seit der Flüchtlingskrise und der Eurokrise (zu Europa vgl. Hutter et al. 2016). Im Kern handelt es sich bei diesen Themen nicht um ökonomische (Verteilungs-)Konflikte, sondern um kulturell-identitäre Konflikte. Diese Konflikte liegen quer zu den sozioökonomischen Konflikten der kapitalistischen Industriegesellschaft des 20. Jahrhunderts und können mit dem gebräuchlichen Links-Rechts-Schema nicht angemessen verortet werden.

Durch diese Konflikte ist ein neuer politischer Raum entstanden, der durch zwei eigenständige Konfliktdimensionen geprägt ist: eine sozioökonomische Konfliktdimension und eine kulturell-identitäre Konfliktdimension. Die kulturell-identitäre Konfliktdimension wird geprägt durch die Themen Einwanderung, Europa und kultureller Liberalismus (d. h. den Einstellungen gegenüber Minderheiten, neuen Lebensstilen und dem Schutz bzw. der Erweiterung individueller Freiheitsrechte). In diesem zweidimensionalen Konfliktraum wird die bisherige Unterscheidung von links und rechts nicht bedeutungslos, aber ihre Aussagekraft wird relativiert. Die entscheidende Frage ist dann, wie sich diese Konflikte auf die Zivilgesellschaft auswirken.

3 | Politische Konfliktstrukturen und soziale Bewegungen

Die Zivilgesellschaftsforschung hat diesen Wandel der politischen Konfliktstrukturen bislang noch nicht ausreichend zur Kenntnis genommen. Dies gilt sowohl für die Protest- und Bewegungsforschung als auch für die empirische Forschung zu bürgerschaftlichem Engagement.

Die Protest- und Bewegungsforschung basiert zwar auf der Annahme, dass „neue“ soziale Bewegungen Ausdruck eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Strukturwandels sind (vgl. Gerhards 1993), sie hat neuere Entwicklungen in der Struktur politischer Konflikte und ihre Auswirkungen auf die Protest- und Bewegungslandschaft allerdings seit den 1990er-Jahren nur wenig thematisiert. Das Cleavage-Konzept, das in der politischen Soziologie zur Analyse

politischer Konfliktstrukturen entwickelt wurde, ist „remarkably absent in literature on unconventional political participation“ (Damen 2013: 944; vgl. auch della Porta 2015: 11-17). Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Protest- und Bewegungsforschung von dem im Zuge des postmaterialistischen Wertewandels in den 1960er- und 1970er-Jahren entstandenen „New Politics“-Konflikt geprägt wurde und diese Konfliktlinie in ihren Analysen mehr oder weniger voraussetzte.

Die darauf basierenden Vorstellungen von politischem Engagement und Protest waren lange Zeit geprägt von klar unterscheidbaren Organisationen und Kanälen der politischen Mobilisierung. Stark vereinfacht könnte man sagen: Parteien und Wahlen auf der einen Seite, und soziale Bewegungen und Protest auf der anderen Seite. Dem entsprachen eindeutige politische Zuordnungen: Die Protestarena wurde in dieser Konfliktkonstellation primär von linken, emanzipatorischen politischen Bewegungen genutzt, während die populistische Rechte vor allem die elektorale Arena für die politische Mobilisierung verwendete (Kriesi 1999). Das war verbunden mit der Erwartung, dass sich die „spätmodernen“ Gesellschaften auf dem Weg in die „Bewegungsgesellschaft“ befinden, dass das eine also zu Lasten des anderen an Bedeutung gewinnt. Diese Erwartung fand ihren Ausdruck in weitreichenden Thesen zur „Neuerfindung der Politik“ (Beck 1993) und zum Aufstieg der „Bewegungsgesellschaft“ (Neidhart/Rucht 1993; Rucht/Neidhart 2002; Meyer/Tarrow 1998). Neue globalisierungskritische Proteste wurden später in dieses Schema eingefügt und als „progressive Gegenbewegungen gegen die neoliberale Globalisierung“ (della Porta 2017: 62) interpretiert. In diesem Kontext konnte zivilgesellschaftliches Engagement normativ eindeutig positiv bewertet und von seiner Stärkung ein progressiver, demokratiefördernder Effekt erwartet werden.

Diese Annahmen erweisen sich jedoch zunehmend als problematisch. Die neuen Abgrenzungs-Integrations-Konflikte stärken nicht nur jene progressiven sozialen Bewegungen, die im Zuge der Konflikttransformation in den

1960er- und 1970er-Jahren entstanden sind. Diese Konflikte haben andere Ursachen und sie manifestieren sich auf andere Weise. In den Parteiensystemen finden sie ihren Ausdruck im Entstehen neuer rechts- und linkspopulistischer Parteien und in einer zunehmenden Fragmentierung und Polarisierung der Parteiensysteme. Die neuen Konflikte haben aber auch weitreichende Auswirkungen auf die Mobilisierung und Organisation von politischem Protest (vgl. Hutter 2012, 2014). Dadurch befinden sich nicht nur die Parteien und Parteiensysteme, sondern auch die Protest- und Bewegungslandschaft im Wandel. In Europa kann man das an vier Veränderungen erkennen:

1. Die alten Zuordnungen des politischen Handlungsrepertoires stimmen nicht mehr. Die Protestarena wird inzwischen auch durch neue ausländerfeindliche und religiös-fundamentalistische Bewegungen (in den USA: Tea Party Movement) genutzt (u. a. McAdam/Kloos 2014; della Porta 2017). In Deutschland war das Auftauchen von „Wutbürgern“ und das Entstehen einer national-identitären Bewegung wie Pegida für die an links-libertäre Proteste gewohnte Bewegungsforschung höchst irritierend. Aber Pegida ist inzwischen in Deutschland längst kein Einzelphänomen mehr; und wie der Blick über die Grenzen zeigt, ist Pegida auch keine besonders extreme Form populistischen Protests auf der Straße. In Warschau zum Beispiel zogen anlässlich des polnischen Unabhängigkeitstages am 11. November 2017 Zehntausende von Ultranationalisten für „Gott, Ehre und Vaterland“ durch die Innenstadt, um unter anderem gegen den Islam, gegen Europa und gegen Homosexuelle zu demonstrieren.

2. Die alten Kategorien von Partei und Bewegung, politisch und unpolitisch, passen für zahlreiche Organisationen, die die neuen Konflikte artikulieren, nicht mehr. In den vergangenen Jahren haben neue, hybride Organisationen an Bedeutung gewonnen. Dazu zählen neue führerzentrierte „Bewegungsparteien“ (Kitschelt 2006) mit teilweise diffussem ideologischen Profil wie Podemos in Spanien, Beppe Grillos Movimento 5 Stelle in Italien, aber auch Macrons La Republique en Marche

in Frankreich. In Ländern wie Großbritannien (mit Corbyns Labour Party) und Österreich (mit der ÖVP unter Kurz) wandeln sich etablierte Großparteien in diese Richtung. Aber auch neue Mischformen von Gewerkschaften und soziale Bewegungen („social movement unionism“) und politische Konsumentenbewegungen („political consumerism“) gehören in diesen Zusammenhang.

3. Die gebräuchlichen Unterscheidungen zwischen soziale Bewegungen und „unpolitischen“ Initiativen werden porös. Das gilt auch für die gängige Unterscheidung zwischen Selbsthilfegruppen und sozialen Bewegungen. Schiffauer, Eilert und Rudloff (2017) zeigen am Beispiel der Helfervereine und -projekte in der Flüchtlingskrise, dass in Deutschland eine „neue Bürgerbewegung“ auf lokaler Ebene entstanden ist, die zwischen sozial-karitativem Engagement und politischer Partizipation angesiedelt ist – und das mit fließenden Übergängen, beispielsweise wenn Helfervereine gegen restriktive staatliche Politiken und bürokratische Praktiken demonstrieren, wie das in Bayern immer häufiger der Fall ist.

4. Schließlich stellen wir fest, dass zwischen sozialen Bewegungen und politischen Parteien neue Interaktionsdynamiken entstehen (vgl. McAdam/Tarrow 2010), besonders offensichtlich zwischen politisch nahestehenden Parteien und Bewegungen wie der AfD und Pegida in Deutschland und der Republikanischen Party und dem Tea Party Movement in den USA. Hierdurch wird es immer schwieriger, unkonventionellen politischen Protest von „conventional politics“ zu unterscheiden (vgl. Diani 2015).

Insgesamt zeichnen sich hier die Konturen von *neuen politischen Mobilisierungslandschaften* ab, die unterschiedliche politische Organisationen und Handlungsformen umfassen und diese neu kombinieren. Durch den Wandel politischer Konfliktstrukturen nimmt also nicht nur die Konfliktintensität zu, zugleich wird die politische Protest- und Bewegungslandschaft selbst neu gestaltet. Durch die neuen Akteure und Formen der politischen Konfliktmobilisierung gerät die bisherige Bewegungsforschung

in mehrerlei Hinsicht an ihr „Limit“ (Daphi et al. 2015). Hierdurch werden nicht nur ihre normativen Erwartungen vielfach durch „regressive Bewegungen“ (della Porta 2017) enttäuscht, auch ihre analytischen Kategorien und dominanten Forschungsansätze müssen hinterfragt werden.

4 | Politische Konflikte, Zivilgesellschaft und Demokratie

Die neuen Konflikte prägen jedoch nicht nur zunehmend soziale Bewegungen und politischen Protest, sie wirken in die Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Breite und Vielfalt hinein. Dies führt zu einer *Politisierung der Zivilgesellschaft* und diese Politisierung ist ein wichtiger und in Deutschland bislang unterschätzter Aspekt des Wandels der Zivilgesellschaft.

Veränderungen innerhalb der Zivilgesellschaft sind ein zentrales – und höchst kontrovers diskutiertes – Thema der Zivilgesellschaftsforschung. Es gibt inzwischen zahlreiche empirische Befunde, dass sich die assoziativen Grundlagen unserer Gesellschaft grundlegend verändern (grundlegend: Putnam 1995, 2000, 2001; Wuthnow 1998; Skocpol 2003). Das gilt vom Vereinswesen über die soziale Bewegungslandschaft bis hin zu den politischen Parteien. Für das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland wurde das bereits von der Enquete-Kommission zur „Zukunft des Bürger-schaftlichen Engagements“ (Enquete-Kommission 2002) detailliert und konnte inzwischen in mehreren Surveys weiter vertieft werden (zuletzt dem ZiviZ-Survey des Stifterverbandes; vgl. Priemer et al. 2017).

Die vorliegenden Umfragen lassen erkennen, dass das bürgerschaftliche Engagement zwar insgesamt zugenommen hat, dass sich aber gleichzeitig sein Tätigkeitsspektrum und seine Organisationsformen gewandelt haben. Feste, dauerhafte Bindungen an Vereine, Verbände und Parteien verlieren an Bedeutung, während sich neue, flexiblere Formen des Engagements entwickeln. Gleichzeitig wird die Zivilgesellschaft „politischer“ (Priemer et al. 2017: 5). Das kommt aber nicht nur

darin zum Ausdruck, dass sich die Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen auch als Interessenvertreter oder als Akteure der politischen Willensbildung begreifen. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass die neuen Konflikte zunehmend in die Zivilgesellschaft hineingetragen und in dieser ausgetragen werden.

Dabei können mehrere *Muster und Kanäle der Politisierung der Zivilgesellschaft* unterschieden werden:

- das Entstehen neuer zivilgesellschaftlicher Vereinigungen mit gesellschaftspolitischen Zielsetzungen (z. B. Menschenrechte, Flüchtlingshilfe). Die zahlreichen Helfervereine, die im Zuge der Flüchtlingskrise in Deutschland entstanden, sind das beste Beispiel hierfür;
- das Entstehen neuer sozialer Bewegungen „von rechts“ zu den neuen Konfliktthemen (z. B. Pegida). Es gibt in Deutschland inzwischen zahlreiche Organisationen und Gruppierungen, durch die sich der Rechtspopulismus „als soziale Bewegung“ (Rucht 2017; Häusler/Schedler 2016) konstituiert und zu den neuen Konfliktthemen in der Zivilgesellschaft mobilisiert;
- die Politisierung bestehender zivilgesellschaftlicher Vereinigungen (z. B. Freizeitvereine) durch das gezielte Hineintragen neuer Konflikte (insb. durch die AfD und deren Bestrebungen um eine stärkere „Verankerung in der Gesellschaft“) in die Zivilgesellschaft. Die Folge ist: „Die gesellschaftliche Auseinandersetzung, die mit dieser Bewegung einhergeht, spaltet Familien, polarisiert an Arbeitsplätzen und Schulen“ (Kleffner/Meisner 2017: 9);
- die Gegenmobilisierung gegen radikalen rechten Populismus. Die Aktivitäten rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen treffen zunehmend auf politischen Widerstand und folgen dem bekannten Muster von Mobilisierung und Gegenmobilisierung, beispielhaft zuletzt in Chemnitz und Kandel.

Bei all dem zeigt sich die Ambivalenz der Zivilgesellschaft. Offensichtlich sind auch freiwillige zivilgesellschaftliche Assoziationen geprägt durch die in einer Gesellschaft dominierenden politischen Konflikte und Polarisierungen. Die

entscheidende Frage ist dann: Wie wirkt sich die Politisierung der Zivilgesellschaft auf das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Demokratie aus? Wird die Demokratie dadurch gestärkt – oder wird sie geschwächt?

Die Antwort auf diese Fragen hängt nicht zuletzt davon ab, wo genau politische Konfliktlinien innerhalb der Zivilgesellschaft verlaufen. Im Prinzip sind hierbei *drei Grundkonstellationen* denkbar.

In der ersten Konstellation verläuft die dominante politische Konfliktlinie zwischen der (liberalen) Zivilgesellschaft auf der einen Seite und dem (autoritären) Staat auf der anderen Seite. Diese Konfliktkonstellation war charakteristisch für die verschiedenen Wellen der Demokratisierung, sei es für den Konflikt zwischen dem liberalen Bürgertum und den Monarchien des 19. Jahrhunderts, sei es für die Konflikte zwischen den Bürgerbewegungen und den autoritären kommunistischen Regimen am Ende des 20. Jahrhunderts.

In den beiden anderen Grundkonstellationen verlaufen die politischen Konfliktlinien nicht zwischen Staat und Zivilgesellschaft, sondern *innerhalb* der Zivilgesellschaft. Im einen Fall, dem pluralistischen Modell, ist die Zivilgesellschaft durch eine Vielzahl unterschiedlicher Konflikte gespalten, die quer zueinander liegen und auf diese Weise eine starke Polarisierung vermeiden. Dieses Modell entspricht dem normativen Ideal der Pluralismustheorie. Im anderen Fall, der dritten Grundkonstellation, wird die Zivilgesellschaft durch eine (oder einige wenige) dominante Konfliktlinie(n) gespalten und polarisiert. Diese Konstellation war charakteristisch für die westeuropäischen Gesellschaften des späten 19. und 20. Jahrhunderts, die im Mittelpunkt der Analysen Rokkans standen (vgl. Lipset/Rokkan 1967; Rokkan 2000).

Offensichtlich hat nicht jede zivilgesellschaftliche Organisation und jede Form des bürgerschaftlichen Engagements positive Auswirkungen auf die Demokratie. Für die ersten beiden Konstellationen kann dies durchaus angenommen werden und es ist nachvollziehbar, dass für die Literatur, die sich mit diesen

Kontexten beschäftigt, eine positive Beziehung zwischen Zivilgesellschaft und Demokratie grundlegend für ihr Verständnis von Zivilgesellschaft ist. Für die dritte Konstellation gilt dies aber nicht. Wenn gesellschaftliche Konflikte zur Formierung geschlossener „sozialmoralischer Milieus“ (Lepsius 1966) führen, dann verstärken zivilgesellschaftliche Organisationen solche Konflikte. Dies hat zur Folge, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Demokratie auch geschwächt werden können.

Die „Versäulung“ von Gesellschaften durch „bindendes“ Sozialkapital und die Bildung religiös, ethnisch oder ideologisch begründeter „Lager“ ist ein aus der vergleichenden Demokratieforschung seit Langem gut bekanntes Phänomen. Länder wie die Niederlande, die Schweiz und Österreich waren Lehrbuchbeispiele für die erfolgreiche Integration solcher gespaltenen Gesellschaften durch Elitenkooperation (Lehmbruch 1967; Lijphart 1968). Die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts kennt aber nicht nur Beispiele, in denen es gelungen ist, „Brücken“ zwischen verfeindeten „Lagern“ zu bauen und diese Konflikte zu befrieden. Der Aufbau des hierzu erforderlichen „brückenbildenden“ Sozialkapitals (Putnam 2000) ist offensichtlich höchst voraussetzungsvoll. Die Sozialkapitalforschung hat daraus schon vor Jahren den Schluss gezogen, dass das durch die Zivilgesellschaft akkumulierte Sozialkapital „nicht automatisch zu einer demokratischen Ausprägung“ (Putnam/Goss 2001: 24) führt. Es kann, wie Berman (2003) am Beispiel der Weimarer Republik zeigt, auch von den Gegnern der Demokratie zu ihrer Bekämpfung genutzt werden.

Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Qualität demokratischen Regierens sind folglich nicht nur die Engagementbereitschaft und die organisatorische Stärke der Zivilgesellschaft entscheidend. Wichtig sind auch ihre normative Orientierung, ihre innere Struktur und ihre Einbettung in die jeweils relevanten politischen Konfliktstrukturen. Wenn die empirische Forschung die Zivilgesellschaft in allen ihren Erscheinungsformen und in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit erfassen will, dann

darf sie ihr Untersuchungsfeld nicht durch normative Vorannahmen begrenzen.

Für die Zivilgesellschaftsforschung allgemein gilt, was Rucht für die Bewegungsforschung im Besonderen als Herausforderung benannte. Sie muss „auch die Fähigkeit zu professioneller Distanz aufbringen, darf sich also nicht von ihren Sympathien oder Antipathien dazu verleiten lassen, jene Dinge auszublenden, die ihren außerwissenschaftlichen wie wissenschaftlichen Vorlieben und Vorannahmen widersprechen“ (Rucht 2011: 37). Welche Folgen die zivilgesellschaftliche Vernetzung und das bürgerschaftliche Engagement für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunft der Demokratie in Deutschland tatsächlich haben, das ist dann eine offene empirische Frage.

Edgar Grande ist Gründungsdirektor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Kontakt: Edgar.Grande@wzb.eu

Literatur

Beck, Ulrich 1993: Die Erfindung des Politischen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Berman, Sheri 2003: Civil Society and the Collapse of the Weimar Republic. In: *World Politics*, Jg. 49, Heft 3: 401-429.

Chambers, Simone/Kopstein, Jeffrey 2001: Bad Civil Society. In: *Political Theory*, Jg. 29, Heft 6: 837-865.

Crouch, Colin 2016: Neue Formen der Partizipation. Zivilgesellschaft, Rechtspopulismus und Postdemokratie. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 29. Jg., Heft 3: 143-153.

Damen, Marie-Louise 2013: Political alignments and cleavages. In: *Snow, David/della Porta, Donatella/Clandermans, Bert/McAdam, Doug* (Hg.): *Blackwell Encyclopedia on Social and Political Movements*. Oxford: Blackwell: 943-946.

Daphi, Priska et al. 2015: Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida. Ms. Berlin.

della Porta, Donatella 2015: *Social Movements in Times of Austerity*. Cambridge:

Polity Press.

della Porta, Donatella 2017: Progressive und regressive Politik im späten Kapitalismus. In: *Geiselberger, Heinrich* (Hg.): *Die große Regression*. Berlin: Suhrkamp: 57-76.

Diani, Mario 2015: *The Cement of Society. Studying Networks in Localities*. Cambridge: Cambridge University Press.

Enquete-Kommission 2002: Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgergesellschaftlichen Engagements“: *Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*. Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/8900.

Foa, Roberto Stefan/Ekiert, Grzegorz 2017: The weakness of postcommunist civil society reassessed. In: *European Journal of Political Research*, Jg. 56: 419-439.

Gerhards, Jürgen 1993: *Neue Konfliktlinien in der Mobilisierung öffentlicher Meinung: Eine Fallstudie*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Giugni, Marco/Grasso, Maria (Hg.) 2015: *Austerity and Protest: Popular Contention in Times of Economic Crisis*. London: Routledge.

Häusler, Alexander/Schedler, Jan 2016: Neue Formen einer flüchtlingsfeindlichen sozialen Bewegung von rechts. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 29. Jg., Heft 2: 11-20.

Hutter, Swen 2012: Restructuring protest politics: the terrain of cultural winners. In: *Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Dolezal, Martin/Helbling, Marc/Höglinger, Dominic/Hutter, Swen/Wüest, Bruno*: *Political Conflict in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press: 151-181.

Hutter, Swen 2014: *Protesting Culture and Economics in Western Europe. New Cleavages in Left and Right Politics*. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Hutter, Swen/Grande, Edgar/Kriesi, Hanspeter (Hg.) 2016: *Politicizing Europe: Integration and Mass Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.

Inglehart, Ronald 1998: *Modernisierung und Postmodernisierung*. Frankfurt a.M.: Campus.

Kitschelt, Herbert 2006: *Movement Parties*.

In: Katz, Richard S./Crotty, William (Hg.): Handbook of Party Politics. London: Sage: 278-290.

Kleffner, Heike/Meisner, Matthias 2017: Vorwort: 1990 bis 2016 – Unter Sachsen. In: dies. (Hg.): Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen. Berlin: Links Verlag.

Kriesi, Hanspeter 1999: Movements of the Left, Movements of the Right: Putting the Mobilization of Two New Types of Social Movements into Political Context. In: Kitschelt, Herbert/Lange, Peter/Marks, Gary/Stephens, John D. (Hg.): Continuity and Change in Contemporary Capitalism. Oxford: Blackwell: 398-423.

Kriesi, Hanspeter 2016: The Politicization of European Integration. In: Journal of Common Market Studies, Jg. 54, Heft S1: 32-47.

Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Lachat, Romain/Dolezal, Martin/Bornschieer, Simon/Frey, Timotheus 2008: West European Politics in the Age of Globalization. Cambridge: Cambridge University Press.

Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Dolezal, Martin/Helbling, Marc/Höglinger, Dominic/Hutter, Swen/Wüest, Bruno 2012: Political Conflict in Western Europe. Cambridge: Cambridge University Press.

Kriesi, Hanspeter/Pappas, Takis S. (Hg.) 2015: European Populism in the Shadow of the Great Recession. Colchester: ECPR Press.

Larsen, Christian Albrekt 2013: The Rise and Fall of Social Cohesion. The Construction and Deconstruction of Social Trust in the US, UK, Sweden, and Denmark. Oxford: Oxford University Press.

Lehmbrecht, Gerhard 1967: Proporzdemokratie: Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich. Tübingen: J.C.B. Mohr.

Lepsius, M. Rainer 1966: Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Abel, Wilhelm/Borchardt, Knut/Kellenbenz, Hermann et al. (Hg.): Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge. Stuttgart/Tübingen/Göttingen: Fischer: 371-393.

Lijphart, Arend 1968: The Politics of Accommodation: Pluralism and Democracy in the Netherlands. Berkeley/Los Angeles: University of California Press.

Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein 1967: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. In: dies. (Hg.): Party Systems and Voter Alignments. New York: Free Press: 1-64.

McAdam, Doug/Kloos, Karina 2014: Deeply Divided: Racial Politics and Social Movements in Postwar America. Oxford: Oxford University Press.

McAdam, Doug/Tarrow, Sidney 2010: Ballots and Barricades: On the Reciprocal Relationship between Elections and Social Movements. In: Perspectives on Politics, Jg. 8, Heft 2: 529-542.

Meyer, David S./Tarrow, Sidney (Hg.) 1998: The Social Movement Society. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.

Neidhart, Friedhelm/Rucht, Dieter 1993: Auf dem Weg in die Bewegungsgesellschaft. In: Soziale Welt, Jg. 44, Heft 3: 305-326.

Priemer, Jana/Krimmer, Holger/Labigne, Anaël 2017: ZiviZ-Survey 2017: Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. Berlin: Stifterverband.

Putnam, Robert D. 1993: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton: Princeton University Press.

Putnam, Robert D. 1995: Bowling Alone: America's Declining Social Capital. In: Journal of Democracy, Jg. 6: 65-78.

Putnam, Robert D. 2000: Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon & Schuster.

Putnam, Robert D. (Hg.) 2001: Gesellschaft und Gemeininn. Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Putnam, Robert D./Goss, Kristin A. 2001: Einleitung. In: Putnam, Robert D. (Hg.): Gesellschaft und Gemeininn. Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung: 15-43.

Rokkan, Stein 2000: Staat, Nation und Demokratie in Europa. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Rucht, Dieter 2011: Zum Stand der

Forschung zu sozialen Bewegungen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 24, Heft 3: 20-47.

Rucht, Dieter 2017: Rechtspopulismus als soziale Bewegung. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 30, Heft 2: 34-50.

Rucht, Dieter/Neidhart, Friedhelm 2002: Towards a 'Movement Society'? On the possibilities of institutionalizing social movements. In: Social Movement Studies, Jg. 1, Heft 1: 7-30.

Schiffauer, Werner/Eilert, Anne/Rudloff, Marlene (Hg.) 2017: So schaffen wir das – eine

Zivilgesellschaft im Aufbruch. 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten. Bielefeld: Transcript.

Skocpol, Theda 2003: Diminished Democracy. From Membership to Management in American Civic Life. Norman: University of Oklahoma Press.

Wuthnow, Robert 1998: Loose Connections: Joining Together in America's Fragmented Communities. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Zürn, Michael 1998: Regieren jenseits des Nationalstaats. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.